

## **Jetzt erst recht – Lebensrecht Ungeborener auf die Tagesordnung!**

„Wir begrüßen den Bundestagsbeschluss zu Spätabtreibungen vom 13. Mai 09 - bessere Beratung bei auffälligem vorgeburtlichem Befund, Stärkung der Verantwortung der Ärzte in dieser Frage, Drei-Tage-Bedenkzeit, die erst ein Anfang sein können, qualifiziertere Infos über das Leben mit Behinderten.

Wer in einer Einrichtung für Behinderte Menschen arbeitet und lebt, weiß um die Schweren Seiten genauso aber auch um die außergewöhnlichen Sternstunden mit ausgelassener Freude, die man mit ihnen erleben kann.

Wir werden uns aber mit dem andauernden Skandal nicht abfinden, dass die Tötung von vorgeburtlich diagnostizierten behinderten Kindern erlaubt wird“, so die KALEB-Vorsitzende und Mutter von 7 Kindern Dorothea Dehn (Lobetal bei Berlin).

Skandalös sei auch, dass die von der Unionsfraktion geforderte dringend notwendige exakte Erhebung statistischer Abtreibungsdaten keine Mehrheit erhielt.

KALEB e.V. fordert, dass die Diskussion zu den Spätabtreibungen im Zusammenhang mit der Bundestagsentscheidung jetzt weitergeführt wird und letztlich in die längst überfällige Überprüfung des gesamten Paragraphen 218 einmündet. Das Unrechtsbewusstsein zur Abtreibung ist durch das Gesetz geschwunden!

„Was nützen alle freundlichen Reden über Menschenwürde anlässlich des 60. Jahrestages unseres Grundgesetzes, wenn Menschenwürde und Lebensrecht der noch nicht geborenen Menschen seit Jahrzehnten mit Füßen getreten wird“, betont Dorothea Dehn, und weiter „das Lebensrecht als das entscheidende Menschenrecht muss auf die politische Tagesordnung gesetzt werden!“